

Eine Allianz für die sozial-ökologische Transformation in Oberösterreich

Abstract

Um eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft voranzutreiben, die sich grundlegend von Strategien für „grünes Wachstum“ abhebt, benötigt es die Herstellung einer Gegen-Hegemonie in der Zivilgesellschaft, sodass auf den (Kern-)Staat Druck entsteht, die Dekarbonisierung nicht vorrangig nach den Interessen des Kapitals auszurichten. Die Gründung einer Allianz für die sozial-ökologische Transformation kann Arbeiter- und ökologische Bewegungen zusammenbringen und helfen, bestimmte geteilte Interessen gebündelt durchzusetzen. In diesem Paper stellen wir Überlegungen an, wen eine solche Allianz in Oberösterreich verbinden könnte und welche ersten Schritte gesetzt werden müssten

1. Einleitung

Die Pariser Klimaziele aus dem Jahr 2015 fixieren, dass alle unterzeichnenden Staaten Anstrengungen unternehmen, damit die globale Erwärmung maximal 2 Grad Celsius erreicht, um bis 2050 klimaneutral zu werden, also nur so viel CO₂ emittieren, wie an anderer Stelle wieder absorbiert werden kann. Österreich will laut dem aktuellen Regierungsprogramm schon 2040 klimaneutral werden (Umweltbundesamt 2023: 36-37; 55). Die Erreichung der Klimaziele verlangt insbesondere von den Staaten des Globalen Nordens sowie den neu industrialisierten Staaten des Globalen Südens die Dekarbonisierung ihrer Wirtschaftsstrukturen inklusive der dazugehörigen Energiesysteme, da nur so eine klimafreundliche Lebensweise möglich wird (APCC 2023).

Österreich ist in diesem Zusammenhang aus mehreren Gründen besonders gefordert. Die Stromerzeugung erfolgt zwar zu fast drei Vierteln aus Erneuerbaren (Österreichs Energie, o.D.), beim Bruttoinlandsverbrauch nach Energieträgern machen Öl und Gas aber noch mehr als 55 Prozent aus (BMK 2023: 12). Neben dem Verkehr und der Raumwärme spielen hier auch die Bedarfe der Sachgüterproduktion eine große Rolle. 29% des Endenergieverbrauchs entfallen nämlich auf die Industrie, davon wiederum rund zwei Drittel auf energieintensive Industrien (BMK 2023: 32). Der Anteil der Sachgüterproduktion am BIP ist in Österreich im europäischen Vergleich hoch (ebenso wie in Deutschland und den Visegrád-Staaten; Stöllinger 2016) und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beruht in relevantem Ausmaß auf russischem Erdgas, das immer weniger (günstig) verfügbar ist und dessen Einsatz auch im Zuge der Dekarbonisierung kontinuierlich reduziert werden soll (Hölzl et al. 2023). Hinzu

kommt, dass Österreich aufgrund seiner Lage im Herzen Europas ein wichtiges Transitland für Güter und Personen darstellt. Außerdem war es lange für Tanktourismus beliebt, da seine Mineralölsteuer unter jener der Nachbarländer liegt. Erst die hohen Energiepreise aufgrund der Einführung der CO₂-Bepreisung im Oktober 2022 und des russischen Angriffskriegs in der Ukraine in Kombination mit Tankrabatten in den Nachbarstaaten machten Österreich diesbezüglich unattraktiver (Prager, 17.8.2023).

Oberösterreich steht als das Industriebundesland Nummer 1 vor besonderen Herausforderungen. Dort befinden sich die meisten Industriebetriebe in absoluten Zahlen (524 im Jahr 2022) und es arbeitete im Jahr 2022 mehr als ein Viertel aller gesamtösterreichischen Industriebeschäftigten (exkl. Bau) in Oberösterreich (WKO 2023: 20-21). Dies zeigt sich auch dadurch, dass 30% der österreichweiten Treibhausgasemissionen in Oberösterreich emittiert werden und deshalb auch die höchsten Treibhausgas-Emissionen des Sektors Energie und Industrie pro Kopf vorliegen (Umweltbundesamt 2023: 91-92).

Viele Staaten und auch Staatengemeinschaften wie die Europäische Union wollen die oben erwähnten CO₂-Reduktionsziele erreichen, indem sie „grünes Wachstum“ fördern. Diese Strategie wird als „ökologische Modernisierung“ bezeichnet. Sie ist technik-, innovations- und wachstumszentriert und rückt die Erreichung von Klimaneutralität ins Zentrum. Ein „grüner Kapitalismus“ soll geschaffen werden (Adler/Schachtschneider 2023: 320; Kaufmann/Müller 2009). Das bedeutet, dass sie den kapitalistischen Wachstumsimperativ (und seine Folgen für Umwelt und Klima) nicht hinterfragen, sondern wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln möchten (Europäische Kommission 2019: 2). Zu diesem Zweck werden u.a. im Rahmen des europäischen „Grünen Deal“, des „Fit für 55“-Pakets und des „grünen Industrieplan“ unterschiedliche Maßnahmen festgelegt, die sich von der Förderung nachhaltiger Energien über die Dekarbonisierung industrieller Prozesse und Verkehrssysteme erstrecken (Europäische Kommission 2019, 2023; Europäischer Rat 2023). In Österreich hat die Bundesregierung im Oktober 2022 eine Klima- und Transformationsoffensive für die energieintensiven Industrien angekündigt, deren erste Ausschreibungsrunde aktuell läuft (Stand September 2023; OTS0016, 18. Mai 2023). Kritische Wissenschaftler:innen der Ökologischen Ökonomie betonen allerdings, dass eine solche Entkopplung nicht in absolutem Maßstab möglich ist, sondern – wenn überhaupt – nur relativ sein kann, z.B. aufgrund des technologischen Fortschritts (Jackson 2021: 70-73; Häubl im Interview mit J. Steinberger, 4.1.2022).

Gegenüber dem „grünen Wachstum“ verfolgt die sozial-ökologische Transformation radikalere Ziele. Sie geht davon aus, dass „wesentlich auch die sozial-ökonomischen Verhältnisse

transformiert werden müssen, um die ökologische Krise zu bearbeiten“ (Adler/Schachtschneider 2023: 320) und zielt auf die „Heraustransformation aus einem Kapitalismus, der auf fossilen Energieträgern beruht und rastlos Ressourcen benötigt“ (Brand 2014), ab. Eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation

erfordert eben nicht nur, den Kuchen anders zu verteilen. Vielmehr muss dieser Kuchen auch anders gebacken und in den Industriestaaten außerdem deutlich kleiner werden: Weniger Autos, weniger Flugverkehr und Fleischkonsum sowie eine Umkehr von der hochindustrialisierten zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Doch diese Konversionsprozesse etwa im Bereich der Mobilität dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgegossen werden. (Brand 2014)

Demnach handelt es sich um einen sehr hohen Anspruch, der von vielen Menschen auch als Bedrohung wahrgenommen wird. In unserem Papier beschäftigen wir uns deshalb mit der Frage, wie die Dekarbonisierung der Industrie zu einer *sozial-ökologischen* Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft werden kann, die sozial inklusiv und partizipativ gestaltet wird. Wir argumentieren, dass eine Allianz unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteur:innen eine wichtige Rolle bei der aktiven Gestaltung und Begleitung dieses Prozesses spielen sollte. Eine breite Zustimmung zu einem solchen Prozess erscheint als Grundvoraussetzung für das weitere Voranschreiten in einer sozial und demokratisch akzeptablen Weise.

Was genau „sozial“ in diesem Kontext bedeutet, ist allerdings umkämpft. Die Europäische Kommission sieht den Handlungsbedarf des Klima-Sozialfonds des „Fit für 55“-Pakets ausschließlich bei einkommensschwachen (kleinen und mittleren) Unternehmen und vulnerablen Haushalten (Europäischer Rat 2023) Aus unserer Sicht¹ bedeutet „sozial“ aber nicht nur, dass die 20 Prozent mit den niedrigsten Einkommen im Umbauprozess unterstützt werden, sondern auch, dass die Kosten und Belastungen unter allen Einkommensgruppen sowie zwischen Unternehmen und Haushalten gerecht aufgeteilt werden.

Unser Beitrag ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 2 arbeiten wir den theoretischen Rahmen aus, der die materialistische Staatstheorie mit neo-Gramscianischen Annahmen kombiniert und definiert, was unter einer „Allianz“ zu verstehen und wo diese zu verorten ist. Im Kapitel 3 wenden wir die Theorie auf das Fallbeispiel Oberösterreich an. Abschließend werden Schlussfolgerungen für unsere konkrete Arbeit gezogen.

¹ Die hier geäußerten Ansichten entsprechen der Privatmeinung der Autor:innen und sind nicht aktuelle institutionelle Beschlusslage unseres Arbeitsgebers.

2. Theoretischer Rahmen

2.1 Grundlegendes zu Allianzen

Da wir im Folgenden argumentieren, dass sozial gerechter Klimaschutz von einer Allianz für die sozial-ökologische Transformation getragen werden sollte, erläutern wir eingangs worum es sich bei Allianzen eigentlich handelt. Allianzen sind freiwillige, zielgerichtete, öffentliche und zeitliche begrenzte Bündnisse von mindestens zwei Akteur:innen. Ihre Mitglieder bleiben formal unterscheidbar, bestehen also als eigenständige Organisationen fort, weshalb sie auch reversibel sind. Oft erfolgt eine Auflösung mit der Zielerreichung. Allianzen können sich sowohl aus Staaten als auch Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, z.B. Vereinen wie Gewerkschaften oder auch NGOs, zusammensetzen (Fröhlich/Jürgensen 2022: 7-10). Was ist der Zweck von Allianzen? „Eine Allianz kann es ermöglichen, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, das die einzelnen Mitglieder verfolgen, aber allein jeweils nicht erreichen können“ (Fröhlich/Jürgensen 2022: 13).

Allianzen bilden sich zumeist entweder als Verhinderungs- oder als Veränderungsallianzen. Die „Allianz für den freien Sonntag Österreich“ setzt sich beispielsweise u.a. aus Kirchenvertreter:innen und Gewerkschaften zusammen und möchte verhindern, dass der Sonntag zu einem regulären Arbeitstag wird (Allianz für einen freien Sonntag, o.D.). Demgegenüber wollen Veränderungsallianzen den Status Quo korrigieren (Fröhlich/Jürgensen 2022: 7-9, 13-14). Fröhlich und Jürgensen (2022: 14) betonen allerdings, dass in der Praxis eine Abgrenzung beider Arten von Allianzen nicht immer trennscharf möglich ist. Beispielsweise kann eine Verhinderungsallianz auch positive Ziele formulieren oder von einer reinen Verhinderungsallianz („Bündnis TTIP stoppen“) zu einer Veränderungsallianz („Plattform Anders handeln“) werden (Vida, 2018). Umgekehrt ist es aus unserer Sicht auch denkbar, dass eine Veränderungsallianz eine bestimmte Art der Veränderung vorantreibt, eine andere aber verhindern möchte, z.B. dass Umweltschutz auf den Rücken der einkommensschwächeren Gruppen betrieben wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der grüne Umbau durch marktbasierende Mechanismen wie die Einführung einer nicht differenzierten CO₂-Steuer erfolgt und wenn Unternehmen Förderungen ohne Auflagen lukrieren, während sie für Haushalte nur schwer zugänglich sind.

2.2 Materialistische Staatstheorie und Neo-Gramscianismus

Theoretisch nähern wir uns unserer Problemstellung durch eine Anreicherung der materialistischen Staatstheorie mit neo-Gramscianischen Annahmen. Dies scheint uns sinnvoll, da der Bildung möglicher Allianzen für den sozial-ökologischen Umbau eine grundlegende Analyse der materiellen Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen

vorangehen muss. Nur auf dieser Grundlage wird es möglich, inhaltliche Überlappungen und somit Kompromisse für eine Allianzbildung zu identifizieren sowie auch mögliche Konfliktpunkte vorherzusehen und zu bearbeiten. Dies halten wir für eine grundlegende Voraussetzung dafür, eine Gegen-Hegemonie aufzubauen (Brand 2005), um längerfristig die sozialen Kräfteverhältnisse hin zu einer neuen Hegemonie rund um eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigere Lebensweise zu verschieben. Diese würde sich dadurch auszeichnen, dass „nicht allein die Energie- und Ressourceneffizienz der *Produktion* [im Fokus steht], sondern ebenso die Energie- und Ressourceneffizienz der *Produkte* und deren *Verwendung*“ (Lehndorff 2022: 9; Hervorh. Im Original). Es geht also darum, dass die Produktions- und Konsumstrukturen hinterfragt und zum Teil verändert werden (Stichwort Konversion) und nicht nur die bestehenden industriellen Strukturen und Fortbewegungsmittel – ansonsten unverändert – mit nachhaltiger Energie betrieben werden (Blöcker 2022; Candeias 2011; Röttger 2011; Wissen et al. 2020).

Wir gehen davon aus, dass sich das Kapital je nach seiner (dominanten) Einkommensquelle in unterschiedliche Fraktionen gliedert (z.B. Industrie-, Finanz-, Handelskapital) und jeweils unterschiedliche Grade von Internationalisierung und Außenabhängigkeit damit einhergehen (Grumiller/Raza 2019: 9-11; Poulantzas 1978 [1974]; Sablowski 2010). Auch die Unternehmensgröße ist ein Einflussfaktor, da kleine und mittlere Unternehmen oft stärker regional verankert sind als Niederlassungen großer transnationaler Konzerne. Die unmittelbaren Interessen in Zusammenhang mit dem grünen Umbau der Wirtschaft sind deshalb auch auf Kapitaleseite nicht einheitlich, können sich aber zusammenfinden, zum Beispiel beim Wechselspiel von Investitionsbedarf für die Dekarbonisierung und Green Finance.

Eine Untergliederung wie auf der Kapitaleseite gibt es auch auf der Seite der Arbeitnehmer:innen (Grumiller/Raza 2019: 9-11; Poulantzas 1978 [1974]; Sablowski 2010). Beschäftigte im Care-Bereich und im erweiterten Dienstleistungssektor haben in der sozial-ökologischen Transformation – auf den ersten Blick – andere Interessen (und Sorgen) als Arbeiter:innen und Angestellte in den exportorientierten Industrien. Nicht zufällig kommen Bündnisse zwischen Umweltbewegung und Gewerkschaften gerade mit jenen aus dem Dienstleistungsbereich öfter zustande und sind tendenziell erfolgreicher (Kaiser 2020, 2023). Langfristig eint aber Beschäftigte aus allen Sektoren das Ziel, eine lebenswerte Umwelt zu erhalten bzw. herzustellen und in einer Gesellschaft zu leben, in der für alle Lohnabhängigen ein gutes Leben möglich ist. Aus diesem Grund können sich Beschäftigte auch weder am Arbeitsplatz noch am Wohnort der Klimafrage entziehen, auch wenn sie sich dadurch nicht zwangsläufig der Umweltbewegung annähern. Dörre (2020: 24) betont in diesem Zusammenhang, dass der industrielle Klassenkonflikt sich zunehmend in einen sozial-

ökologischen Transformationskonflikt verwandelt. Das bedeutet, „ökologische Themen sind immer stärker mit der sozialen Frage verwoben und umgekehrt. Wechselseitig Beeinflussung führt keineswegs dazu, dass sich die Konfliktparteien der einen den Akteuren der jeweils anderen Achse annähern“ (Dörre 2020: 25). Ganz im Gegenteil können Nachhaltigkeitspolitiken blockiert werden, wenn sich ökologische und soziale Konfliktachse gegeneinander verselbstständigen (Dörre 2020: 56).

Die Stellung von einzelnen Klassenfraktionen in der Arbeitsteilung stützt sie mit unterschiedlich großer Macht aus und beschränkt damit die jeweiligen Handlungsoptionen (Poulantzas 1978 [1974]; Sablowski 2010). Ein Verständnis der Wirtschaftsstruktur eines Landes sowie der Einbettung in die internationale Arbeitsteilung sind unabdingbar, um für die Praxis geeignete Industriepolitikoptionen zu formulieren und politische Allianzen für deren Umsetzung zu schmieden. Beispielsweise ist für die Formulierung industriepolitischer Handlungsoptionen extrem relevant, dass viele Unternehmen Niederlassungen transnationaler Großkonzerne sind und die Entscheidungen über die Produktionsschwerpunkte oft in ausländischen Firmenzentralen getroffen werden.

Industriepolitik wird dabei nicht nur von den bestehenden Machtverhältnissen beschränkt, sondern kann die sozialen Kräfteverhältnisse auch verschieben, zum Beispiel wenn bestimmte Branchen oder Berufsbilder gefördert werden und somit an Bedeutung zulegen (Andreoni/Chang 2019: 145-146; Dörre 2020). Grundsätzlich gilt, dass, je selektiver Industriepolitik ist, umso leichter können Gewinner:innen und Verlierer:innen der Maßnahmen identifiziert werden, z.B. Industriearbeiter:innen einer bestimmten Branche, und je offensichtlicher dies ist, desto eher entstehen (Verteilungs-)Konflikte (Chang/Andreoni 2016: 28). Letzteres wird auch wahrscheinlicher, je stärker die industriepolitischen Umbaupläne vom Status Quo abweichen (Eder/Schneider 2018: 115; Grumiller/Raza 2019). Da beide Punkte auf die aktuellen Politiken der grünen Wende zutreffen, ist es umso wichtiger, dass der Block an der Macht (Definition siehe nächster Absatz) zwischen den unterschiedlichen Interessen einen gewissen Ausgleich schafft, da das völlige Übergehen der Interessen einzelner Gruppen soziale Konflikte und damit Instabilität erzeugt. Verteilungspolitisch ist die Frage besonders relevant, wie klimapolitische Maßnahmen sozial wirken. Dazu halten Dörre et al. (2020: 14) fest: „Klassenkonflikte sind nicht verschwunden, im Gegenteil, sie sorgen dafür, dass ökologische Nachhaltigkeitsziele sozial differenziert bewertet und bearbeitet werden.“ (Dörre et al. 2020: 14).

Aber auf welchem Terrain wird nun um Nachhaltigkeitspolitiken gerungen? Wo werden diese Konflikte ausgetragen? Wir folgen Gramscis Annahme, dass der integrale Staat aus dem Kernstaat (politische Gesellschaft) und der Zivilgesellschaft besteht, die sich wechselseitig beeinflussen. In Zivilgesellschaft findet Auseinandersetzung um die Durchsetzung der eigenen

Normen und Werte in der breiteren Gesellschaft statt. Wenn es eine oder mehrere soziale Gruppen oder Klassenfraktionen schaffen, ihre Interessen in der Zivilgesellschaft durchzusetzen, d.h. sie als gesamtgesellschaftliche Interessen zu verallgemeinern und vom Kernstaat unterstützt zu bekommen, werden sie zum Machtblock und es entsteht ein hegemonialer Konsens. Hegemonie kann dabei nie ausschließlich über Zwang entstehen, sondern benötigt auch Zugeständnisse an andere gesellschaftliche Gruppen, damit Zustimmung zum Herrschaftsprojekt entsteht oder zumindest organisierter Widerstand ausbleibt (Becker 2008: 19). Zwang kann dabei sowohl offene Repression und Gewalt als auch z.B. die Durchsetzung von gesetzlichen Auflagen umfassen, die Unternehmen zu Produktions- sowie Haushalte zu Verhaltensänderungen veranlasst.

Der Staat ist in dieser Lesart also kein neutraler Akteur, der zwischen den Klassen vermittelt, und auch kein monolithischer Block. Er setzt sich aus unterschiedlichen Staatsapparaten zusammen, die ein institutionelles Ensemble bilden und das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen wirkt im und durch den Staat. Deshalb kennzeichnet den Kernstaat sogenannte „strategische Selektivität“ (Jessop 1999: 51). Er priorisiert die Interessen von manchen Akteur:innen über jene von anderen. Die Durchsetzung neue Schwerpunkte bei der Politiksetzung benötigt daher einen Wandel der strategischen Selektivität des Staates (Grumiller/Raza 2019: 11-12; Eder/Schneider 2018: 116-117). Für den Wandel hin vom „grünen Kapitalismus“ zu einem wahrhaften *sozial*-ökologischen Umbau bedeutet dies, dass in der Zivilgesellschaft Bündnisse bzw. Allianzen geschmiedet werden müssen, um auf den Kernstaat Druck auszuüben, soziale Gerechtigkeit beim Klimaschutz umfassend zu berücksichtigen. Das bedeutet, seine strategische Selektivität zu ändern, sodass er stärker als bisher ökologische und soziale Aspekte im Blick behält.

Auf Basis dieses theoretischen Rahmens werden wir ein konkretes Fallbeispiel – Chancen und Herausforderungen für die Allianzbildung im Industriebundesland Oberösterreich – analysieren. Oberösterreich ist ein besonders spannender Fall, weil hier verschiedene energieintensive Industriezweige angesiedelt sind und auch die Fahrzeugzuliefererindustrie eine wichtige Rolle spielt. Wir werden zuerst die Akteur:innenlandschaft – und ihre unterschiedlichen Interessenlagen – beschreiben und darauf aufbauend Überlegungen anstellen, welche Akteur:innen wir in eine Allianz für den sozial-ökologischen Umbau integrieren können und wollen und welche (ersten) Schritte dafür gesetzt werden müssen. Aus ArbeitnehmerInnen-Perspektive wollen wir sicherstellen, dass der notwendige ökologische Umbau auch sozial nachhaltig passiert und keine Beschäftigten zurückgelassen werden. Eine Allianz für den sozial-ökologischen Umbau muss deshalb immer auch die Wirkung der Umbaumaßnahmen auf soziale Ungleichheit im Fokus haben und darf nicht ökologische über soziale Ziele stellen. Denn nur, wenn niemand zurückgelassen wird, werden breitere Teile der

Beschäftigten die Allianz unterstützen und dadurch die Herausbildung einer Gegen-Hegemonie und schließlich einer neuen Hegemonie zu ermöglichen (Brand 2005).

3. Das Fallbeispiel Oberösterreich

3.1 Die Ausgangslage in Oberösterreich

Wie ist nun die Konstellation der sozialen Kräfteverhältnisse in Oberösterreich und welche Gruppen kämen für die Bildung einer Allianz für den sozial-ökologischen Umbau überhaupt infrage? Einen Überblick bietet die (noch erweiterbare) Abbildung 1.

In Oberösterreich hat das Industriekapital ein besonderes Gewicht, da es mit 524 Industriebetrieben dort die höchste absolute Anzahl solcher Betriebe in allen Bundesländern gibt (WKO 2023: 20). Es gibt verschiedene energieintensive Industrien, z.B. Stahl-, Papier- und Zementindustrie, sowie mehrere Betriebe der Autozulieferindustrie. Die energieintensiven Industrien in Oberösterreich sind wegen des Emissionszertifikathandels der EU zum Umbau gezwungen und die Autozulieferer wegen der Wende hin zu E-Antrieben. Unternehmen beider Branchen agieren proaktiver als ihre Interessenvertretungen (vgl. Betriebsrät:innenbefragung der AK OÖ aus dem Frühjahr 2022). Sie wollen dabei möglichst hohe staatliche Förderungen für den Umbau lukrieren und versprechen sich davon, in einen neuen, grünen Wachstumszyklus einzutreten.

Österreichweit sind 88,7% der Unternehmen, die der Sparte Industrie der WKO angehören, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), das heißt, sie haben weniger als 250 Beschäftigte (WKO 2022). In Oberösterreich dürfte die Aufteilung in ähnlicher Größenordnung sein. Das bedeutet, dass in der Industrie viele kleine Zulieferbetriebe wenige große Endfertiger (oder Fertiger von Zwischenprodukten) im In- und auch im (meist deutschen) Ausland beliefern. Die Konsequenz ist, dass die KMU einerseits oft von Produkt(-ions-)umstellungsentscheidungen in anderen Unternehmen abhängen, z.B. ein Problem bekommen, wenn der ihnen Motorteile abkaufende Betrieb auf E-Antriebe umstellt und die bereitgestellten Teile nicht mehr benötigt. Die großen Unternehmen sind wiederum oftmals ehemals verstaatlichte Betriebe, die heute Niederlassungen transnationaler Konzerne sind und damit von Entscheidungen in der Konzernzentrale im Ausland abhängen. In beiden Fällen ist also der Handlungsspielraum eingeschränkt. Die soziale Komponente des Umbaus interessiert die Unternehmen auch nur sehr bedingt. In den seltensten Fällen gibt es Pläne, was mit den eigenen Beschäftigten, die im Zuge der Dekarbonisierung auf ihren angestammten Arbeitsplätzen überflüssig werden, passieren soll (vgl. Betriebsrät:innenbefragung der AK OÖ aus dem Frühjahr 2022).

Bei der Interessenvertretung der Arbeitgeber zeichnet sich die Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Oberösterreich tendenziell durch eine zurückhaltende Position in Klimafragen aus. In einer Broschüre aus dem April 2022 spricht sie sich für Dekarbonisierungsziele „mit einem realistischen Zeithorizont“ aus und argumentiert für die „Entwicklung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel“ (Wirtschaftskammer Oberösterreich/Sparte Industrie 2022). Die Industriellenvereinigung verfolgt einen etwas pragmatischeren Zugang. Sie fordert die „Ausschöpfung aller technologischen Möglichkeiten“ für die Erreichung von Klimaneutralität, argumentiert also im Sinne der ökologischen Modernisierung. Sie möchte vor allem Planungssicherheit für die heimischen Industrieunternehmen und „geeignete Förderinstrumente, um weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen zu können“ (IV OÖ 2023). Der wertschöpfungsstarken Industrie steht eine gut organisierte Arbeiter:innenbewegung gegenüber. Von den knapp 1,2 Mio. österreichweiten Mitgliedern des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ÖGB im Jahr 2022 (ÖGB 2023) entfielen auf den ÖGB Oberösterreich mit Ende 2022 genau 243.874 Mitglieder. Damit ist die oberösterreichische zweitstärkste nach der Wiener Landesorganisation (Tips.at 2023). Der ÖGB setzt sich aus sieben Fachgewerkschaften zusammen, von denen die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) mit österreichweit mehr als 280.000 Mitgliedern die stärkste ist. Die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) folgt mit knapp 230.000 Mitgliedern (ÖGB 2023). Diese beiden Gewerkschaften sind es auch, die in den Industriebetrieben die Angestellten (GPA) und Arbeiter:innen (PRO-GE) vertreten. Während allerdings die GPA auch Angestellte in anderen Bereichen vertritt, ist die Industrie das „Kerngeschäft“ der PRO-GE. Die Dienstleistungs- und Mobilitätssektorgewerkschaft vida, die Beamten- und Staatsbedienstetengewerkschaft GÖD, die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten GPF und die Gemeindebedienstetengewerkschaft Younion sind schwerpunktmäßig für Bereiche zuständig, die vom Umbau kaum oder eher positiv betroffen sind (auch wenn es hier Ausnahmen gibt, z.B. LKW-Lenker:innen, für die die vida zuständig ist). Deshalb sind auch die Forderungen rund um Klimaschutz und Dekarbonisierung aus diesen Bereichen radikaler als von der Produktionsgewerkschaft, die ihre Mitgliederinteressen im Auge behalten muss. Die Mitglieder der Gewerkschaft Bau Holz sind vom Klimawandel besonders betroffen, da sie häufig draußen Arbeiten verrichten. Zugleich wird der sozial-ökologische Umbau viele Bauarbeiten benötigen, was in diesem Bereich Jobs langfristig sichern dürfte. Alle Fachgewerkschaften und der ÖGB setzen sich für eine „Just Transition“, einen sozial gerechten Strukturwandel für ihre Mitglieder ein (ÖGB 2021). Der Fokus liegt hier stark darauf, dass im Zuge der Dekarbonisierung die Beschäftigten „nicht zurückgelassen“ werden dürfen. Insgesamt ist der Ansatz weniger breit als Debatten rund um die sozial-ökologische Transformation, die die Verflechtung von Arbeit mit der aktuellen Produktions- und Konsumweise in Bezug setzen.

Allianz für die sozial-ökologische Transformation OÖ

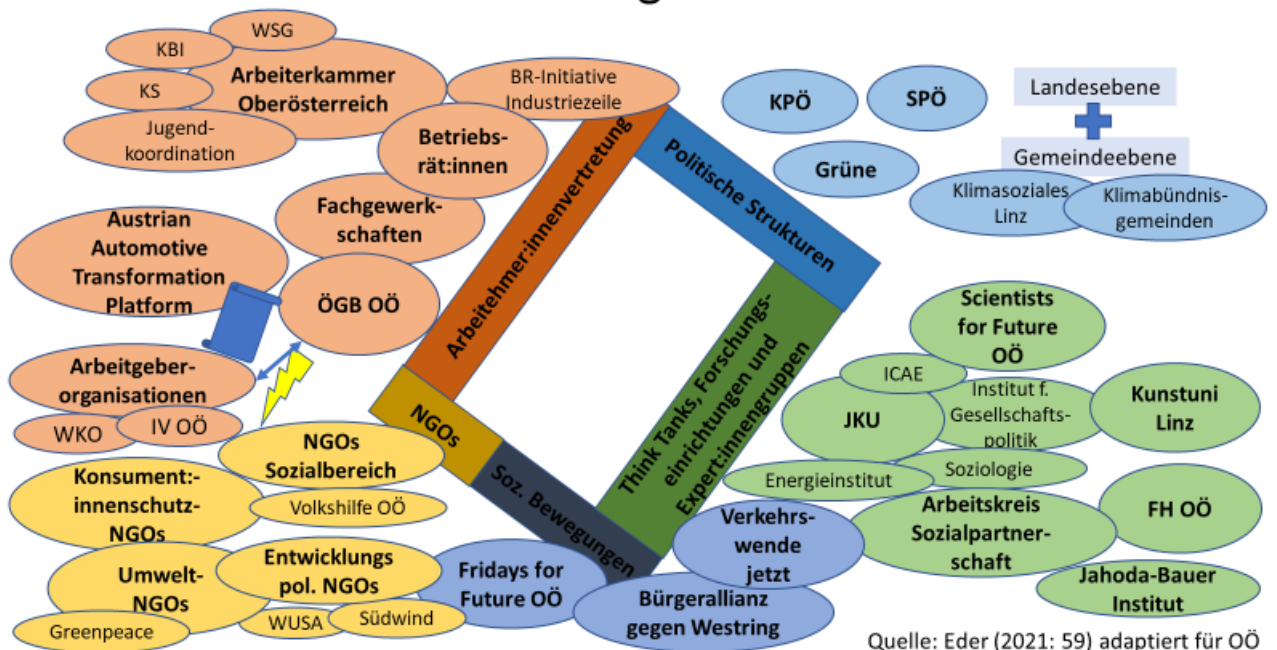


Abbildung 1: Allianz für die sozial-ökologische Transformation in Oberösterreich.

Auch in der Arbeiterkammer Oberösterreich gibt es mehrere Referent:innen der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik sowie der Abteilung Kompetenzzentrum Betriebliche Interessenvertretung und der Jugendkoordination, die sich beruflich mit dem Thema beschäftigen. Schwerpunktmäßig arbeiten die Kolleg:innen der erstgenannten Abteilung die Themenschwerpunkte in diesem Bereich aus. Darüber hinaus gibt es auch noch eine Initiative von Betriebsrät:innen der Linzer Industriezeile, die die öffentliche Verkehrsanbindung für die Beschäftigten verbessern will, sowie verschiedene andere Initiativen von Betriebsrät:innen auf betrieblicher Ebene. Im Bereich der Interessenvertretung der Arbeitnehmer:innen sind also in unterschiedlichen Organisationen sowie auf unterschiedlichen Ebenen Anknüpfungspunkte für eine Allianz zu finden. Besonders wichtig ist es aber Betriebsrät:innen sowie die Beschäftigten selbst – soweit und direkt wie möglich – in die Allianz zu integrieren, da Betriebe zentrale Orte des Umbaus darstellen.

Zur oberösterreichischen (erweiterten) Zivilgesellschaft gehören außerdem noch wissenschaftliche Einrichtungen wie die Johannes Kepler Universität Linz, an der sich mehrere Institute und Schools mit unterschiedlichen Fragestellungen rund um Nachhaltigkeit und die sozial-ökologische Transformation befassen. Neben Instituten und Schools könnte der „Arbeitskreis Sozialpartnerschaft“, der vom Institut für Soziologie initiiert wurde, in die Allianz einbezogen werden. Hervorzuheben ist auch noch die Kunstuniversität und die Fachhochschule Oberösterreich mit mehreren Campussen im Bundesland. Es gibt eine eigene Regionalgruppe „Scientists for Future Oberösterreich“, die wohl als erste Ansprechpartnerin

dienen könnte, um potenziell interessierte Forscher:innen aus unterschiedlichen Bildungsinstitutionen zu identifizieren. Der Think Tank „Jahoda-Bauer Institut“ könnte auch noch interessante Ideen liefern, auch wenn sein Schwerpunkt in der Politikberatung liegt.

In der engeren Zivilgesellschaft, wie sie heute der öffentliche Sprachgebrauch versteht, könnten NGOs aus dem Umwelt- und Sozialbereich kontaktiert werden, z.B. Greenpeace und die Volkshilfe OÖ. Letztere hat 2023 eine Stabstelle für Nachhaltigkeit und Innovation eingeführt. Mit Südwind und „weltumspannend arbeiten“ gibt es auch zwei entwicklungspolitische Vereine, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der sozial-ökologischen Transformation aus globaler Perspektive befassen. Außerdem hat Fridays for Future eine Regionalgruppe in Oberösterreich und im Verkehrsbereich gibt es das Bündnis „Verkehrswende jetzt“, das sich ebenso wie die „Bürgerinitiative gegen den Bau der A26“ gegen die Umsetzung des Westrings einsetzt.

Zur Erweiterung der gramscianischen Zivilgesellschaft gehören auch die politischen Parteien. Für die von uns hier diskutierte Allianz bieten sich besonders die Parteien links der Mitte – SPÖ, Grüne, KPÖ – und ihre Vorfeldorganisationen auf Landes- und Gemeindeebene an. Auf Gemeindeebene kommen noch die Klimabündnisgemeinden hinzu sowie das Projekt „Klimasoziales Linz“, das das Magistrat Linz gemeinsam mit Wissenschaftler:innen der BOKU und WU Wien sowie der Kunstuniversität Linz, und mit Vertreter:innen des BRG Linz Hamerlingstraße, der Volkshilfe OÖ und Attac OÖ ausführt.

Bis an diese Stelle wurden Organisationen und Bewegungen abgehandelt, die nach der gramscianischen Definition zur Zivilgesellschaft gehören. Demgegenüber steht der Kernstaat, der sich aus politischer Elite und Staatsbürokratie zusammensetzt. In Oberösterreich prägt hier die ÖVP stark das Bild. Wie auch in der Bundespolitik hat die ÖVP auch auf Landesebene Interesse, dass möglichst umfassende Fördermittel für die Dekarbonisierung der Industrie bereitgestellt werden, für die oft nur mäßige Auflagen abseits von CO₂-Einsparungen vorhanden sind. Die Abwicklung der Förderungen hat dabei die Staatsbürokratie zu erledigen, während die (schwarze und z.T. blaue) politische Elite eng mit dem Industrie- und Finanzkapital verbunden ist und deren Interessen protegirt. Die sozialen Kräfteverhältnisse in der Zivilgesellschaft (charakterisiert durch die Dominanz des Industrie- und Finanzkapitals) zeigen sich so auch im Staat. Ein Abweichen von dieser grundlegenden Tendenz in Landes- und Bundespolitik bildet die jüngste Transformationsoffensive des BMK. Um Mittel für die Transformation von Industrieanlagen zu erhalten, muss laut Leitfaden zur Ausschreibung auch ein Transformationsplan bzw. Dekarbonisierungspfad für den Standort vorgelegt werden, der Beschäftigungseffekte, notwendige Umschulungs- und Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter:innen und den Nachweis über die Beratung mit dem Betriebsrat enthält (Umweltförderung 2023: 7, 16). Durch solche Politikinitiativen kann der Staat selbst die

bestehenden Kräfteverhältnisse verschieben, indem er den Interessen der Beschäftigten im Umbau mehr Platz einräumt. Dies könnte aber auch durch die Förderung bestimmter Branchen oder Berufsbilder gelingen.

Zusätzlich könnte der Staat im Umbau aber auch eine gewichtigere Rolle einnehmen, indem er öffentliche Beteiligungen bei Betrieben einget, die umgebaut werden sollen (Beispiel MAN), und indem er Regulierungen vorschreibt, die die Kosten des Umbaus sozial gerecht verteilen. Dazu würde gehören, nicht die Wenigverdiener:innen über Preiserhöhungen zu Einsparungen zu zwingen, sondern bestimmte Aktivitäten, z.B. Flüge mit Privatjets oder die Emissionsausstöße energieintensiver Industrien (EU ETS), einfach zu regulieren bzw. zu deckeln. Es braucht eben nicht ausschließlich Konsens für Hegemonie, sondern manchmal auch Zwang. Radikale und umfassende Umbaupläne werden allerdings Konflikte hervorbringen, insbesondere wenn es eindeutige Verlierer:innen und Gewinner:innen gibt. Deshalb ist es wichtig, dass nicht nur die politische Elite des Kernstaats, sondern auch die hier diskutierte Allianz frühzeitig überlegt, welche Kompromisse den von den Maßnahmen betroffenen Gruppen angeboten werden können, um nicht ihre Unterstützung zu verlieren. Denn nur, wenn niemand zurückgelassen wird, werden breitere Teile der Bevölkerung für aktiven Klimaschutz gewonnen werden können.

Aktuell ist die strategische Selektivität des Staates stark auf Kapitalinteressen ausgerichtet. Das zeigt sich in der Förderung von Maßnahmen, die grünes Wachstum erreichen wollen, sowie in der Unterstützung der EU-Agenda in diesem Bereich, die in dieselbe Richtung weist. Klimaschutzmaßnahmen sind bei diesem Zugang marktbasierend. Über die Preise soll auf die Produktion und den Konsum eingewirkt werden. Das belastet die einkommensschwächsten Unternehmen und Haushalte natürlich am meisten. Für sie sind allerdings immer wieder Ausgleichszahlungen oder staatliche Unterstützungen im Gespräch. Die Mittelschicht (hier verstanden als die drei Quintile der Einkommensverteilung, die zwischen den unteren 20% und den oberen 10% liegen) soll einen Beitrag leisten, damit diese Gruppen Klimaneutralität erreichen können (z.B. eine Wärmepumpe einbauen, das Haus dämmen etc.), von ihnen kommt aber zugleich auch ein Großteil der Steuereinnahmen auf Arbeit und Konsum, aus denen öffentliche Förderungen für private gewinnträchtige Betriebe sowie für Haushalte am oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung² finanziert werden. Zugleich sollen sie die notwendigen Umstellungen bei ihrer Lebens- und Wohnweise noch selbst finanzieren (Haussanierung, E-Auto-Umstieg). Deshalb empfinden nicht nur die sozial Schwächsten, sondern auch viele Angehörige der Mittelschicht die aktuelle Klimapolitik als sozial ungerecht.

² Die Förderungen für Haushalte richten sich häufig an die einkommensschwächsten Gruppen oder sind an den Erwerb bestimmter Produkte gebunden, z.B. E-Autos und PV-Anlagen, die sich tendenziell einkommensstarke Gruppen leisten können.

Das Ziel muss daher sein, in der Zivilgesellschaft einen gegen-hegemonialen Konsens herzustellen, der besagt, dass der ökologische Umbau sozial gerecht erfolgen muss. Dieses Anliegen sollte u.a. von den Gruppierungen, die die Allianz bilden, formuliert und in der Zivilgesellschaft verallgemeinert werden, sodass Druck auf den Kernstaat entsteht, die eigene strategische Selektivität neu auszurichten und stärker als bisher ökologische und soziale Aspekte in der Klimapolitik zusammenzudenken. Zugleich muss auch dagegen angekämpft werden, dass ein Klimaschutz nach dem Motto „Koste es den Staat für die Industrie, was es wolle“ (im Sinne der ÖVP) durchgesetzt wird, noch dass sich eine „Alles kann so bleiben, wie es ist“-Hegemonie durchsetzt, wie dies z.B. die FPÖ versucht voranzutreiben. Das Ringen um die Herstellung einer neuen Hegemonie sollte also auch berücksichtigen, dass parallel andere soziale Kräfte eine Hegemonie entsprechend ihrer Interessen herstellen wollen. Die hier diskutierte Allianz muss also sowohl eigene Ziele formulieren als auch überlegen, wie sich diese in der breiteren Zivilgesellschaft attraktiv gegenüber jenen konkurrierender Gruppen vermarkten lassen.

3.2 Wie zur Allianz in Oberösterreich?

Im Folgenden erläutern wir kurz, welche der auf der Abbildung angeführten Akteur:innen in Oberösterreich für eine Allianz für den sozial-ökologischen Umbau gewonnen werden könnten und wie dabei konkret vorgegangen werden könnte.

Zuerst muss betont werden, dass die oberösterreichischen Unternehmen keine zentralen Partner dieser Allianz sein können, da ihr Profitstreben und das Ansinnen, dass die Allgemeinheit ihren Umbau finanziert, einen grundsätzlichen Interessenkonflikt zu einer sozial gerechten Verteilung der Umbaukosten erzeugt. Ein sozial gerechter Umbau kann allerdings nur erfolgen, wenn von innen und außen auf die Geschäftsführungen der Unternehmen Druck erzeugt wird, sodass Unternehmen mit ihren Gewinnen einen größeren Beitrag zum Umbau leisten und Haushalte sozial gestaffelt entlastet werden können. Dies kann durch Betriebsrät:innen und Gewerkschaften erfolgen, indem diese die Erstellung konkreter Umbaupläne („Dekarbonisierungsroadmaps“) auf Unternehmensebene einfordern, die auch die Beschäftigungsentwicklung mitdenken und die Beschäftigten direkt einbinden. Eine direkte Einbindung einzelner Unternehmer:innen in die Allianz wird vielleicht möglich sein. Allerdings sollte hier nicht der Schwerpunkt der Allianzbildung liegen, da es ohnehin die Sozialpartnerschaft als Institution gibt, die die Beziehungen zwischen Arbeitgeber:innen und -nehmer:innen regelt. Die Stärke der Allianz wäre, dass sie der Arbeitnehmer:innenvertretung den Rücken stärkt und diese somit in sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen darauf verweisen können, dass auch andere zivilgesellschaftliche Gruppen ihre Forderungen teilen. Denn im Grunde geht es darum, ein konkurrierendes hegemoniales Projekt zum aktuell

gepushten „grünen Wachstum“ von Kapitaleseite und Kernstaat zu schaffen, das eine tiefgreifendere sozial-ökologische Transformation einfordert. Deshalb handelt es sich um eine Allianz, die sowohl Verhinderungs- als auch Veränderungselemente beinhaltet: ein „grüner Kapitalismus“ soll verhindert werden, während eine wahrhaft sozial-ökologische Transformation vorangebracht werden soll.

Verhindert werden muss jedenfalls, dass eine korporatistische Allianz zwischen Industriearbeiter:innen und Kapital entsteht, die den Umbau ausbremst. Laut Dörre besteht diese Gefahr, allerdings ist es nicht die einzige Handlungsoption, die der Arbeiter:innenbewegung zur Verfügung steht: „Konservierendes Klassenhandeln von Industriearbeitern ist eine naheliegende, aber keineswegs die einzige denkbare Form der Interessenwahrnehmung Lohnabhängiger in sozial-ökologischen Transformationskonflikten. Möglich ist auch, dass Klassenhandeln sich bewusst auf soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele bezieht und an Forderungen orientiert, die auf eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation und am Ende gar auf einen Wandel dominanter kapitalistischer Eigentumsverhältnisse hinauslaufen könnten“ (Dörre 2020: 57).

Damit der ökologische Umbau sozial erfolgen kann, müssen in der Zivilgesellschaft die Kräfteverhältnisse verschoben werden, sodass auf den Kernstaat Druck erzeugt wird, seine strategische Selektivität zu ändern. Wie aber schon zuvor dargelegt, benötigt dies eine Änderung der sozialen Kräfteverhältnisse in der Zivilgesellschaft. Das bedeutet, dass die Macht von Unternehmen bzw. der Kapitaleseite geschwächt werden muss. Das kann dadurch geschehen, dass sich Arbeitnehmer:innenvertretung und ökologische Bewegungen, z.B. vertreten durch Klimaaktivist:innen, Bürgerinitiativen, NGOs, Wissenschaftler:innen und Vertreter:innen politischer Parteien zusammenschließen. Dörre et al. (2020: 18) betonen, dass die Bearbeitung des sozial-ökologischen Transformationskonflikts eine Kooperation von Arbeiter- und ökologischen Bewegungen erfordert. Allerdings war dieser zum Zeitpunkt des Verfassens der Publikation in den untersuchten Branchen und Regionen noch kaum entwickelt. „Zahlreiche Spaltungen zwischen beiden Lagern haben die Herausbildung einer wirkmächtigen Nachhaltigkeitskoalition von unten faktisch verhindert. Das erleichterte dem gemäßigten Lager der liberalen, globalisierungsaffinen kapitalistischen Eliten ein modifiziertes Weiter-So.“ (Dörre et al. 2020: 15). Auch Kaiser (2020: 282) betont deshalb, dass die Klimabewegung einen „Labour Turn“ und die Gewerkschaftsbewegung einen „Climate Turn“ braucht.

Was Dörre für Deutschland geschrieben hat, gilt auch für Oberösterreich: „Zahlreiche Spaltungen zwischen beiden Lagern haben die Herausbildung einer wirkmächtigen Nachhaltigkeitskoalition von unten faktisch verhindert. Das erleichterte dem gemäßigten Lager

der liberalen, globalisierungsaffinen kapitalistischen Eliten ein modifiziertes Weiter-So“ (Dörre et al. 2020: 15).

Die hier diskutierte Allianz kann hier einen Beitrag leisten, da Allianzen Kräfte bündeln und unterschiedliche Akteur:innen verbinden und so ihre Wirkkraft erhöhen. Fröhlich und Jürgensen (2022: 14-19) diskutieren die Stärken von Allianzen anhand von drei Dimensionen. Allianzen schaffen es, gemeinsame Interessen in sozial differenzierten Gesellschaften zu bündeln (Sozialdimension), die vorhandenen Kompetenzen zu nützen und voneinander zu lernen (Sachdimension) sowie dadurch die eigene Wirkung zu potenzieren (Machtdimension).

Aus unserer Sicht ergibt es keinen Sinn, vor der Formierung einer Allianz alle infrage kommenden Akteur:innen exklusiv festzulegen. Abbildung 1 zeigt aber erste Überlegungen auf, welche Akteur:innen überhaupt kontaktiert werden könnten. Natürlich ist die Vorauswahl zum Teil auch durch persönliche Zugänge bestimmt. Der wichtigere Punkt ist aber aus unserer Sicht, dass die Grundwerte der Allianz strukturiert diskutiert werden. In unserem Fall bedeutet das, dass die Akteur:innen der Allianz sich auf eine Definition von „sozial gerecht“ einigen müssen, die Klimaschutzmaßnahmen erfüllen sollen. Nur auf Basis einer von allen akzeptierten Definition können dann konkrete Ziele festgelegt werden, die auch gemeinsam verfolgt werden können. Fröhlich und Jürgensen (2022: 21-25) empfehlen zusätzlich, die Umgangsweisen und Allianzbedingungen zeitgerecht abzuklären.

Neben der Festlegung klarer Regeln der Zusammenarbeit (siehe Fröhlich/Jürgensen 2022: 25-32), z.B. für das Vorgehen in Konfliktsituationen oder bezogen auf den Umgang mit politischen Parteien, müssen auch Leitlinien festgelegt werden, um die Wirkung der Allianz zu erhöhen. Wichtig ist hier zum Beispiel die Botschaften zu reduzieren und zu priorisieren. Die Heterogenität der Allianz sollte als Stärke gesehen werden und eine gute Zusammenarbeit ein Teil des Ziels sein. Auch Erfolge sollten kollektiv gefeiert werden. Und – zu guter Letzt – sollte auch zeitgerecht festgelegt werden, welcher Zustand erreicht werden muss, dass die Allianz aufgelöst werden kann (Fröhlich/Jürgensen 2022: 32-36).

Einen wichtigen Startschuss für eine engere Kooperation zwischen Arbeiter:innenbewegung, Klimaaktivist:innen und Wissenschaft hat die Akademie für den sozial-ökologischen Umbau im April 2023 in Wien gelegt (<https://sozialundoeekologisch.org/>). Was es nun allerdings benötigt, ist eine dauerhafte Zusammenarbeit zu etablieren, die räumlich auch in Regionen abseits von Wien verankert ist. Die in diesem Paper angestellten Überlegungen können ein erster Schritt in diese Richtung sein.

4. Conclusio

Wir haben uns in diesem Paper damit beschäftigt, weshalb die Herausforderungen in Zusammenhang mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft im Industriebundesland Oberösterreich besonders groß sind. Eine sozial gerechte Lösung der Aufgabe kann nur durch den Aufbau einer Gegen-Hegemonie gegen Strategien für das „grüne Wachstum“ erreicht werden, die im Idealfall zum neuen hegemonialen Projekt wird. Die Bildung einer Allianz für die sozial-ökologische Transformation kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten, die sozialen Kräfteverhältnisse in der oberösterreichischen Zivilgesellschaft zu verschieben und dadurch die strategische Selektivität des Kernstaats von seiner Schlagseite pro Kapitalinteressen hin zu einer stärkeren Berücksichtigung der Beschäftigten- und Konsument:inneninteressen zu ändern. Zentrale Bestandteile einer solchen Allianz sollten Organisationen der Arbeitnehmer:inneninteressenvertretung und Gruppen der ökologischen Bewegung sein.

Für die Allianz kommt eine Vielzahl von Organisationen, Gruppen und Initiativen infrage (siehe Abbildung 1). In einem ersten Schritt wird es deshalb notwendig sein, die jeweiligen potenziellen Bündnispartner:innen zu kontaktieren und herauszufinden, ob eine geteilte Definition von „sozial gerecht“ in Zusammenhang mit Klimaschutz formuliert werden kann. Falls dem nicht so ist, wäre es noch möglich, dass sich verschiedene Akteur:innen der Allianz auf unterschiedliche Gerechtigkeitsdimensionen – z.B. Verteilungsgerechtigkeit, Anerkennungsgerechtigkeit, Verfahrensgerechtigkeit – „spezialisieren“. Wichtig ist jedenfalls, dass abgeklärt wird, in welchem Verhältnis soziale und ökologische Ziele stehen und wie bei möglichen Zielkonflikten in konkreten Fallbeispielen oder in Zusammenhang mit konkreten Klimaschutzmaßnahmen vorgegangen wird.

Für April 2025 ist angedacht, eine neue Auflage der Akademie für den sozialen und ökologischen Umbau in Oberösterreich stattfinden zu lassen. Dafür soll mithilfe der Organisator:innen der Wiener Akademie im April 2023 – federführend u.a. die Arbeiterkammer Wien – eng zusammengearbeitet werden. Im Zuge der Vorbereitungen kann auch der Grundstein für eine oberösterreichische Allianz für den sozial-ökologischen Umbau gelegt werden, indem gezielt nach Akteur:innen für die lokale Verankerung der Veranstaltung gesucht wird und Optionen für eine Zusammenarbeit über die Veranstaltung hinaus frühzeitig überlegt und fixiert werden.

5. Quellen

Allianz für den freien Sonntag (o.D.): Allianz für den freien Sonntag. <https://www.freiersonntag.at/>, 11.9.2023.

Andreoni, Antonio/Chang, Ha-Joon (2019): Industrial policy and the future of manufacturing. In: *Economia e Politica Industriale* 43(4), 491–502. <https://doi.org/10.1007/s40812-016-0057-2>

APCC – Austrian Panel on Climate Change (2023): Technische Zusammenfassung. APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/978-3-662-66497-1_3?pdf=chapter%20toc, 26.9.2023.

Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: Polit-ökonomische Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 24(2), 10–32. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-24-2-10>

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2023): Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten. https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:da4e9dfd-f51c-44b8-894c-9b049a8336cb/BMK_Energie_in_OE2023_barrierefrei.pdf , 13.9.2023.

Brand, Ulrich (2005): Konsens und Kampf. Über Globalisierungskritik, Hegemonie und Gegen-Hegemonie. <https://jungle.world/artikel/2005/09/konsens-und-kampf>, 27.9.2023.

Brand, Ulrich (2014): Gesucht: Ein neues globales Wohlstandsmodell. Sozial-ökologische Transformation braucht progressive Strategien und breite Bündnisse. <https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/gesucht-ein-neues-globales-wohlstandsmodell-359/>, 11.9.2023.

Candeias, Mario (2011): Konversion – Einstieg in einer öko-sozialistische Reproduktionsökonomie. In: Candeias, Mario/ Rilling, Rainer/ Röttger, Bernd/Thimmel, Stefan (eds.): *Globale Ökonomie des Autos. Mobilität, Arbeit, Konversion*. Hamburg: VSA, 253-274

Chang, Ha-Joon/Andreoni, Antonio (2016): Industrial policy in a changing world: Basic principles, neglected issues and new challenges (Paper presented at the Cambridge Journal of Economics 40 Years Conference). http://www.cpes.org.uk/dev/wp-content/uploads/2016/06/Chang_Andreoni_2016_Industrial-Policy.pdf

Dörre, Klaus (2020): Einleitung: Nach der Kohle, nach dem Auto? In: Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hg.): *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 7-21.

Eder, Julia/Schneider, Etienne (2018): Progressive industrial policy – A remedy for Europe!? In: *Journal für Entwicklungspolitik* 34(3/4), 108–142. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-34-3-108>

Eder, Julia (2021): Together we are strong! Towards a coordinated action for the social-ecological transformation of the European automotive industry. <https://www.rosalux.eu/en/article/1945.together-we-are-strong.html>, 12.9.2023.

Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. COM(2019) 640 final. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_1&format=PDF, 11.9.2023.

Europäische Kommission (2023): A Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero Age. COM(2023) 62 final. https://commission.europa.eu/system/files/2023-02/COM_2023_62_2_EN_ACT_A%20Green%20Deal%20Industrial%20Plan%20for%20the%20Net-Zero%20Age.pdf, 12.9.2023.

Europäischer Rat (2023): „Fit für 55“. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/green-deal/fit-for-55-the-eu-plan-for-a-green-transition/>, 12.9.2023.

Fröhlich, Paulina/Jürgensen, Paul (2022): Allianzen des Fortschritts. Zur Rolle und Funktion zivilgesellschaftlicher Bündnisse in der pluralen Demokratie. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Grumiller, Jan/Raza, Werner (2019): Towards an institutional setup for industrial policy in late industrialization in the 21st century (ÖFSE Working Paper No. 61).

<https://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Workingpaper/WP61-Institutional-Setup-for-Industrial-Policy.pdf>

Häubl, Rachel Barbara (2022): «Wirtschaftswachstum verbessert nicht die Lebensqualität» [Interview mit Julia Steinberger]. <https://www.higgs.ch/wirtschaftswachstum-verbessert-nicht-die-lebensqualitaet/48097/>, 11.9.2023.

Hölzl, Werner/Kaniovski, Serguei/Meinhart, Bettina/Sinabell, Franz/Streicher, Gerhard (2023): Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie bei weiterhin hohen Energiepreisen. Wien: WIFO. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=70789&mime_type=application/pdf, 11.9.2023.

IV ÖÖ – Industriellenvereinigung Oberösterreich (2023): Wie gelingt die grüne Transformation? <https://oberoesterreich.iv.at/Themen/Klima--Infrastruktur--Transport--Ressourcen--Energie/O--Klima--Infrastruktur--Transport--Ressourcen--Energie/iid-gruene-transformation.html>, 13.9.2023.

Jackson, Tim (2021): Wie wollen wir leben? Wege aus dem Wachstumswahn. München: oekom verlag.

Kaiser, Julia (2020): #Wir fahren zusammen. Die Allianz von *Fridays for Future* und ver.di im Bereich Nahverkehr als Exempel ökologischer Klassenpolitik. In: Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 267-283.

Kaiser, Julia (2023): Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Grenzen der Konversionsbestrebungen sozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozuliefererwerke. In: PROKLA 210, 35-53.

Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio (2009): Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin: Karl Dietz Verlag.

Kreinin, Halliki (2020): Typologies of „Just Transition“. Towards Social-Ecological Transformation. In: Kurswechsel 1, 41-53.

Lehndorff, Steffen (2022): Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie? Was läuft, wo es hakt, worauf es jetzt ankommt. Ein Überblick über die Studien des Projekts „Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie“. <https://www.rosalux.de/publikation/id/46555/auf-dem-weg-zur-klimaneutralen-industrie>, 11.9.2023.

ÖAMTC (2023): Mineralölsteuer & CO2-Bepreisung. <https://www.oeamtc.at/thema/verkehr/mineraloelsteuer-co2-bepreisung-17914742#:~:text=CO2%2DBepreisung%20und%20Klimabonus%20seit,Cent%20je%20Liter%20Benzin%20mehr>, 11.9.2023.

ÖGB – Österreichischer Gewerkschaftsbund (2023): Just Transition: Das Konzept des gerechten Wandels. <https://www.oegb.at/themen/klimapolitik/klima-und-arbeitsmarkt/just-transition-das-konzept-des-gerechten-wandels>, 21.9.2023.

ÖGB – Österreichischer Gewerkschaftsbund (2023): ÖGB Mitgliederstatistik (Stand Ende Dezember 2022). [https://www.oegb.at/content/dam/oegb/downloads/der-%C3%B6gb/%C3%96GB%20Mitgliederstatistik%20\(Gesamt%20nach%20Gewerkschaften\).pdf](https://www.oegb.at/content/dam/oegb/downloads/der-%C3%B6gb/%C3%96GB%20Mitgliederstatistik%20(Gesamt%20nach%20Gewerkschaften).pdf), 13.9.2023.

Österreichs Energie (o.D.): Erneuerbares Österreich: so funktioniert unser Stromsystem. <https://oesterreichsenergie.at/unser-strom/erneuerbares-oesterreich>, 13.9.2023.

Poulantzas, Nicos (1978 [1974]): Classes in contemporary capitalism. London: Verso.

Prager, Alicia (2023): Niedrigster Wert seit 1990: Emissionen sind im Vorjahr um über sechs Prozent gesunken. Der Standard, 17.8.2023. <https://www.derstandard.at/story/3000000183168/groesster-rueckgang-seit-1990-emissionen-sind-im-vorjahr-um-ueber-sechs-prozent-gesunken>, 11.9.2023.

Europäischer Rat (2023): Infografik – „Fit für 55“: ein Fonds zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Menschen und Unternehmen. <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/fit-for-55-social-climate-fund/>, 22.9.2023.

Röttger, Bernd (2011): Betriebliche Konversion. In: Candeias, Mario/ Rilling, Rainer/ Röttger, Bernd/ Thimmel, Stefan (eds.): Globale Ökonomie des Autos. Mobilität. Arbeit. Konversion. Hamburg: VSA, 241-252.

Sablowski, Thomas (2010): Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und der Staat bei Poulantzas. In: Adolphs, Stephan/Demirovic, Alex/Karakayali, Serhat (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Baden-Baden: Nomos Verlag, 189–204. <https://doi.org/10.5771/9783845221038-189>

Soder, Michael/Niedermoser, Kathrin/Theine, Hendrik (2018): Beyond growth: new alliances for socio-ecological transformation in Austria. In: Globalizations 15(4), 520-535. <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.1454680>

Stöllinger, Roman (2016): Structural Change and Global Value Chains in the EU. wiiw Working Paper No. 127. <https://wiiw.ac.at/structural-change-and-global-value-chains-in-the-eu-dlp-3969.pdf>

Affenzeller, Jürgen (2023): Oberösterreichs Gewerkschaften wachsen und werden jünger (28.3.2023). <https://www.tips.at/nachrichten/ooe/wirtschaft-politik/599245-oberoesterreichs-gewerkschaften-wachsen-und-werden-juenger>, 13.9.2023.

Umweltbundesamt (2023): Klimaschutzbericht 2023. Wien. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0871.pdf>, 11.9.2023.

Umweltförderung (2023): Leitfaden Transformation der Industrie. Industrieanalgen. Ausschreibung Mai 2023 des BMK. https://www.umweltfoerderung.at/fileadmin/user_upload/umweltfoerderung/betriebe/Transformation_der_Industrie/UFI_2023-05_Leitfaden_Industrie_TDI.pdf, 13.9.2023.

Vida – die Daseinsgewerkschaft (2018): Auftakt zu "Anders Handeln". https://www.vida.at/cms/S03/S03_3.6.a/1342587668819/service/termine/auftakt-zu-anders-handeln, 11.9.2023.

Wissen, Markus/Pichler, Melanie/Maneka, Danyal/Krenmayr, Nora/Högelsberger, Heinz/Brand, Ulrich (2020): Zwischen Modernisierung und sozial-ökologischer Konversion. Konflikte um die Zukunft der österreichischen Autoindustrie. In: Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 223–267.

WKO – Wirtschaftskammer Österreich (2022): Unternehmen und unselbstständig Beschäftigte. Größenklassenauswertung nach Sparten. https://wko.at/statistik/kmu/GK_BeschStat_Sparten.pdf, 13.9.2023.

WKO – Wirtschaftskammer Österreich (2023): Österreichs Industrie. Kennzahlen 2023. Wien. <https://www.wko.at/branchen/industrie/bsi-kennzahlen-2023.pdf>, 11.9.2023.

WKO OÖ – Wirtschaftskammer Oberösterreich / Sparte Industrie (2022): Energie & Klima. Strategie 2030. https://www.wko.at/branchen/ooe/industrie/Strategiebroschuere_EnergieKlima.pdf, 13.9.2023.